



## Aufruf zu den Kommunalwahlen 2020

# Belange von Kindern und Jugendlichen bei Corona-Maßnahmen vorrangig berücksichtigen

Seit Monaten ist die Corona-Pandemie das alles beherrschende Thema. Ein Rettungsschirm nach dem anderen wurde gespannt. Aber nicht nur die Wirtschaft leidet unter der Pandemie, sondern auch Gruppen, die keine starke Lobby haben - vor allem Kinder und Jugendliche.

Erste Studien zeigen, dass die derzeitige Krise zu besonderen Belastungen für Familien mit Kindern führt. Auch wenn es zurzeit wieder den Regelbetrieb in Schulen und Kitas gibt, sind Konzepte zu entwickeln, die das Wohl von Kindern vor allem aus benachteiligten Milieus in den Mittelpunkt stellen und Familien stärker entlasten.

Es gibt nichts Zukunfts- und „System“-relevanteres als Kinder! Wie es um ihr Wohlergehen steht, entscheidet sich nicht zuletzt in den Kommunen. **Auf kommunaler Ebene sind Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, damit junge Menschen ihre Anliegen und Sichtweisen in alle sie betreffenden Entscheidungen einbringen können.** Kinder und Jugendliche haben das Recht (siehe UN-Kinderrechtskonvention), als Expertinnen und Experten in eigener Sache gehört und ernst genommen zu werden. Corona-Maßnahmen, die direkte Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben, sind demnach nicht allein auf Grundlage der Einschätzungen von Politik, Schulträgern und Eltern zu treffen.

### ***Bildung und Freizeit***

Im Zuge der Corona-Pandemie ist eine Verschärfung der Ungleichheiten in schulischer Bildung zu verzeichnen. Auch im außerschulischen Bereich zeigen sich deutliche Benachteiligungen. Organisierte Zusammenkünfte von Trägern der Jugendarbeit sowie Jugendhilfe sind nur unter strengsten Hygiene-Maßnahmen möglich oder fallen ganz aus. Im Hinblick auf Schule werden Maßnahmen bei abnehmenden Fallzahlen schnell gelockert, das sollte in entsprechender Weise auch für außerschulische Bildungsangebote gelten.

Kinder und Jugendliche werden innerhalb der Corona-Krise häufig nur in ihrer Eigenschaft als Schülerinnen und Schüler gesehen. Damit Kinder sich gesund entwickeln können, ist auch dem Recht auf Freizeit, Spiel und Bewegung Rechnung zu tragen. **Für den Kontakt mit Gleichaltrigen braucht es ein kommunales Konzept, das Einrichtungen und Anlagen öffnet und erweitert sowie in Kooperation mit freien Trägern kostenfreie Angebote und Treffpunkte für junge Menschen schafft.** Diese Angebote und Treffpunkte müssen auch unter Corona-Schutzbedingungen zugänglich sein oder entsprechend angepasst werden. Ein

besonderer Handlungsbedarf besteht hier für verdichtete Innenstadtquartiere mit mangelhafter Infrastruktur.

### **Armut**

Durch die Corona-Krise wird sich die Armut der Familien, die schon jetzt schlecht gestellt sind, voraussichtlich verstärken (vgl. Studie Bertelsmann, 07/2020). Eltern in diesen Familien sind demnach oft in prekären Jobs tätig und verlieren schneller ihre Beschäftigung. Andere, die in Teilzeit arbeiten, erhalten vergleichsweise wenig Kurzarbeitergeld. Eine weitere gefährdete Personengruppe ist die der sogenannten Solo-Selbstständigen, zu denen auch die Kulturschaffenden gehören.

Eltern können die zusätzlichen Kosten, die auf sie zukommen, weil beispielsweise Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren und das kostenlose Mittagessen ausfiel, nicht auffangen. Auch fehlen Gelder für Lernmaterialien. Unterschiedliche Programme zur Unterstützung des Homeschoolings, wie die Bereitstellung von Tablets, wurden zwar genehmigt, erreichen aber bisher nur unzureichend die angestrebten Zielgruppen. **Die Vermeidung von Kinderarmut muss eine höhere politische Priorität bekommen, eine bessere finanzielle Grundsicherung von Kindern und Jugendlichen ist erforderlich.**

### **Gefährdungsrisiken**

In den vergangenen Monaten waren Eltern und Kinder über einen längeren Zeitraum gezwungen, sich in den eigenen vier Wänden aufzuhalten. Fachleute gehen von zunehmenden Konflikten und Überforderungen und infolgedessen von einem Anstieg häuslicher Gewalt aus.

Nach der Wiederaufnahme des Regelbetriebs in Schule und Kita bleiben die Eltern aufgrund von Corona-Schutzmaßnahmen häufig außen vor. Sie erhalten kaum Möglichkeiten, die Atmosphäre in der neuen Kita oder den Umgang des Erzieherteams mit dem eigenen Kind zu erleben, da sie die Kita oft gar nicht betreten dürfen. **Zum Wohle des Kindes sind Transparenz und Beteiligung zu fördern und unabdingbar ist die konsequente Befolgung Institutioneller Schutzkonzepte gegen (sexuelle) Gewalt.** Sehr zu begrüßen ist, dass derartige Konzepte in den katholischen Einrichtungen inzwischen flächendeckend eingeführt sind.

Wir als Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW sehen es als Auftrag, uns anwaltschaftlich für gute Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen einzusetzen und entsprechende Lobbyarbeit zu machen. Im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen in NRW bitten wir daher alle Bürgerinnen und Bürger, diese Aspekte bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen.

An die neugewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger appellieren wir, ihre kommunalpolitischen Entscheidungen am Wohl und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen entsprechend auszurichten.

Münster, 02.09.2020

Der Vorstand der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.